



**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für
produktive Investitionen in der Aquakultur
gemäß Nr. 4.1 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der
Aquakultur, Binnenfischerei und Fischwirtschaft in Thüringen vom 22. Februar 2017
(Thüringer Staatsanzeiger 13/2017 S. 397 – 402)**

ThüringenForst – AöR -
Thüringer Forstamt Frauenwald
Sachgebiet Förderung
Forsthaus Allzunah
98711 Frauenwald

Auszufüllen durch das SG Förderung:

Vorgangs-Nr. (EDV):	Haushaltsjahr:
Eingang FoA am:	Eingabe in EDV am:
PE-Nr.:	durch:

1. Angaben zum Antragsteller

Name des Antragstellers /
Betriebsbezeichnung:

bei juristischen Personen
Vertretungsbefugter:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

E-Mail-Adresse:

Telefon:

Fax:

Geburts-*/Gründungsdatum**:
(*natürl. Personen/**jurist. Personen)

Personenident (PI)/
Betriebsnummer:
Bankverbindung:

IBAN:

BIC:



2. Beigefügte Anlagen

- Satzung, Gesellschaftsvertrag, Handelsregisterauszug
- Eigentumsnachweis oder bei Pachtflächen Pachtvertrag und Zustimmung der Grund-Eigentümer
- detaillierte Aufstellung der geplanten Investitionen (vgl. Antrag Nr. 6.1)
- Nachweis zu den veranschlagten Kosten (qualifizierte Kostenschätzung/-berechnung/Angebote/Honorarverträge)
- Bauunterlagen (Lageplan, Bauplan, Projektskizzen, kartenmäßige Darstellung)
- Hinweis Veröffentlichung
- erforderliche Genehmigungen von Bau-, Umwelt- bzw. Wasserbehörden
- Erklärung über die ordnungsgemäße Buchführung gemäß HGB
- Nachweis über Liquidität des Antragstellers
- Nachweis der Rentabilität/Wirtschaftlichkeit des Vorhabens/betriebswirtschaftliches Gutachten
- Kreditbeschaffungserklärung
- Aktuelle „Bescheinigung in Steuersachen“ des zuständigen Finanzamtes bei Zuwendungen ab 10.000,00 €
- Erklärung zur Auskunftspflicht gem. § 68a Agrarstatistikgesetz

3. Beschreibung des Antragstellers

3.1 Allgemeines

- öffentlich privat
- Unternehmen Aquakultur Haupterwerb Unternehmen Aquakultur Nebenerwerb

3.2 Die zur Förderung beantragte Investition ist in einer Aquakulturanlage des Antragstellers vorgesehen, die der Genehmigungs- bzw. Registrierungspflicht nach §§ 3 bzw. 6 der Fischseuchen-VO unterliegt.

- ja nein

Aktenzeichen/Registriernummer:

3.3 Der/Die Antragsteller/in ist lt. § 68a Agrarstatistikgesetz auskunftspflichtig.

- ja nein

Kennnummer beim Landesamt für Statistik:



3.4 Angaben zum Nachweis Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittlere Unternehmen (KMU) gemäß RL Nr.

3.4.1 Arbeitskräfte zum Zeitpunkt Antragstellung (VBE):

Arbeitskräfte Familie:	_____	Arbeitskräfte fremd:	_____
davon weiblich:	_____	davon weiblich:	_____
davon männlich:	_____	davon männlich:	_____

3.4.2 geplante Entwicklung Arbeitskräfte nach Durchführung des Vorhabens(VBE):

Arbeitskräfte Familie:	_____	Arbeitskräfte fremd:	_____
davon weiblich:	_____	davon weiblich:	_____
davon männlich:	_____	davon männlich:	_____

3.4.3 durchschnittlicher Jahresumsatz der letzten fünf Jahre _____ €

3.5 Beschreibung der Produktionsanlage

- Teichwirtschaft Rinnenanlage Netzkäfiganlage
 Kreislaufanlage sonstige

Größe der gesamten selbst bewirtschafteten Anlage:	_____	ha
davon Eigentum:	_____	ha
Pacht:	_____	ha
davon Karpfenteichfläche	_____	ha
davon Forellenteichfläche:	_____	ha
Sonstige Teichflächen:	_____	ha
Anlagenvolumen:	_____	m ³
davon produktives Anlagenvolumen:	_____	m ³
genehmigter Wasserzulauf:	_____	l/s

3.6 sonstige Angaben

Direktvermarktung (Vermarktung von überwiegend eigenen Erzeugnissen an den Endverbraucher) Ja Nein
 Buchführungspflicht Ja Nein



Einnahmen aus der Teichwirtschaft bzw. Verarbeitung und
Vermarktung werden steuerlich erfasst (Steuerbescheid)
(wenn ja, den letzten Steuerbescheid beilegen) Ja

Nein

fischereifachliche Qualifikation
des Antragstellers: _____

4. Beantragte Förderung

Produktive Investitionen in der Aquakultur mit dem Ziel (Fördertatbestand)*

- der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität, einschließlich der Verbesserung von Sicherheit und Arbeitsbedingungen
 - produktive Investitionen in der Aquakultur
 - Diversifizierung der Aquakulturerzeugnisse und der gezüchteten Arten
 - Modernisierung bestehender Anlagen (Arbeits- und Sicherheitsbedingungen)
 - Verbesserung Tiergesundheit und Tierschutz, einschließlich Anlagen und Ausrüstung zum Schutz vor wild lebenden Fisch fressenden Tieren
 - Steigerung Qualität und Mehrwert
 - Sanierung bestehender Fischteiche (Entschlammung, Verhinderung der Verlandung)
 - Diversifizierung der Einkünfte durch Aufbau ergänzender Tätigkeiten

- Steigerung der Energieeffizienz, erneuerbare Energien
 - Investitionen zur Förderung der Energieeffizienz und zur Umstellung auf erneuerbare Energiequellen

- Ressourceneffizienz
 - Investitionen zur Verringerung negativer Auswirkungen oder zur Steigerung positiver Auswirkungen auf die Umwelt
 - Investitionen zur Reduktion Wasserverbrauch und Verbesserung Wasserqualität des Zu- und des Ablaufwassers
 - Verringerung Verbrauch Chemikalien, Antibiotika, andere Arzneimittel
 - geschlossene Aquakultursysteme

* bitte Vorhaben nur **einem** Fördertatbestand zuordnen



5. Beschreibung Vorhaben

5.1 Allgemeine Angaben

Ort der Investition	
Landkreis:	Gemeinde:

5.2 Ausführliche Projektbeschreibung/Erläuterungen (ggf. auf gesondertem Blatt):

5.3. Ziel/Nutzen des Vorhabens

Spezifisches Ziel	Einheit	Wert
Veränderung Volumen Aquakulturproduktion	Tonnen	
Veränderung Wert Aquakulturproduktion	Tausend Euro	
Veränderung Nettogewinn	Tausend Euro	
Veränderung Produktionsvolumen ökologische Aquakulturproduktion	Tonnen	
Veränderung Produktionsvolumen Kreislaufsystem	Tonnen	
Veränderung Volumen Zertifizierung Nachhaltigkeit	Tonnen	
Geschaffenen Arbeitsplätze (VZÄ)	Anzahl	
Erhaltene Arbeitsplätze (VZÄ)	Anzahl	



6. Investitions- und Finanzierungsplan

6.1 Investitionsplan

Kostenart (ohne MwSt.)	Betrag
Beratungskosten / Kosten wissenschaftliche Betreuung / Gutachten / Studien/ Analyse und sonstige Ingenieurleistungen	
Baukosten für Gebäude, Anlagen	
Teich- bzw. Gewässerbaumaßnahmen	
Maschinen, Geräte, Ausrüstung	
Sonstige Leistungen (näher bezeichnen):	
Zwischensumme	
Baunebenkosten, insbesondere gemäß Leistungsphase 1 – 9 HOAI	
Gesamt	



6.2 Finanzierungsplan

Finanzierungsquelle	€
1. Eigenmittel	
2. Darlehen/Kredit	
3. Andere Finanzierungsmit- tel*	
4. Beantragter Zuschuss	
Summe Investition	

* z. B. andere staatliche oder nicht staatliche Zuschüsse, bitte erläutern:

Der Antragsteller verpflichtet sich, eine eventuelle Differenz zwischen den beantragten Zuschüssen und den aus EMFF- und nationalen Mitteln gewährten Zuschüssen durch zusätzliche Eigenbeteiligung zu decken.

6.3 Zeitplan

voraussichtlicher Beginn des Vorhabens:	voraussichtliches Ende des Vorhabens:
--------------------------------------------------	------------------------------------------------

Haushaltsjahr	Brutto-Gesamtkosten (€)	Netto-Gesamtkosten (€)	Zuschuss (€)



7. Nachweis der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens

- Maßnahme mit einem Investitionsvolumen bis 1,5 Millionen € ⇒ Tabellen unter Nr. 7.1 und 7.2 des Antrages.
- Maßnahme mit einem Investitionsvolumen ab 1,5 Millionen € ⇒ betriebswirtschaftliches Gutachten

7.1 Ermittlung der kalkulatorischen Anlagekosten (nach Durchführung des Vorhabens)*

	Anschaffungswert €	Nutzungsdauer (Jahre)	AfA kalkulatorisch** €	Zinsansatz kalkulatorisch*** €	kalkulatorische Anlagekosten**** €
Gebäude, Anlagen					
Maschinen					
Baunebenkosten					
Unvorhergesehenes					
Pauschale Maßnahmen					
Summe					

* Bei Einzelmaßnahmen bis 50.000 € sowie bei Maßnahmen über 1,5 Millionen € müssen die Felder nicht ausgefüllt werden.

** Anschaffungswert geteilt durch Nutzungsdauer

*** Anschaffungswert x 0,5 x aktuellen Zinssatz

**** kalkulatorische Anlagekosten = AfA + Zinsansatz

7.2 Ermittlung der Veränderung des Betriebsergebnisses (ggf. Beiblatt verwenden)

+ Umsatzveränderung durch das Vorhaben		
(Menge _____ kg x Preis _____ €/kg)	+	
(Menge _____ kg x Preis _____ €/kg)	+	
(Menge _____ kg x Preis _____ €/kg)	+	
+ Kosteneinsparung bei Maßnahmen ohne Ertragssteigerung (gesonderte Ausführung beilegen)	+	
- zusätzliche Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-	
- zusätzliche laufende Kosten (z. B. Personal, Steuern, Energie)	-	
- kalkulatorische Anlagekosten	-	
= Summe der Veränderungen		

8. Erklärungen des Antragstellers

Dem Antragsteller ist bekannt, dass kein Rechtsanspruch auf Zuwendung besteht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass für die Angaben im Antrag keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht. Die Erteilung dieser Auskünfte ist jedoch Voraussetzung für die Gewährung von Rechtsvorteilen und daher für die Bearbeitung des Antrages erforderlich.

Die im Antrag und in den Anlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Der Antragsteller hat mit der Maßnahme noch nicht begonnen. Die Maßnahme darf vor Vorliegen des Zuwendungsbescheides nicht begonnen werden, es sei denn, ein vorzeitiger Maßnahmebeginn wurde schriftlich gewährt.

Der Antragsteller erklärt, dass er die Voraussetzung gemäß Art. 10 Abs. 1 der VO (EU) Nr. 508/2014 erfüllt, d. h. dass er insbesondere

- keinen schweren Verstoß gemäß Art. 42 der VO (EG) Nr. 1005/2008 oder Art. 90 Abs. 1 der VO (EG) Nr. 1224/2009;
- keine schweren Verstöße gegen die Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik und
- keine der in Art. 3 und 4 der Richtlinie 2008/99/EG genannten Straftaten

begangen hat.

Der Antragsteller ist seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Zahlung von Steuern nachgekommen.

Die zur Realisierung der Maßnahme(n) erforderlichen finanziellen Eigenmittel stehen zur Verfügung.

Der Antragsteller verpflichtet sich, den Zuschuss für den in der Förderrichtlinie in der jeweils gültigen Fassung festgelegten Zweck zu verwenden.

Der Antragsteller versichert, dass er für die im Antrag genannten Maßnahmen keinen weiteren Antrag auf Förderung nach anderen Richtlinien des Bundes oder des Landes gestellt hat oder stellen wird und keine Leistungen Dritter empfangen hat oder empfangen wird. Leistungen Dritter werden abgesetzt. Eine Doppelförderung wird durch den Antragsteller ausgeschlossen.

Der Antragsteller nimmt davon Kenntnis, dass

- die Angaben im Antrag und in den ergänzenden Unterlagen
- die Angaben im Verwendungsnachweis und den ergänzenden Unterlagen
- die Sachverhalte, von denen der Widerruf der Bewilligung und die Rückforderung der Zuwendung abhängen,
- Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden und Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung

subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Subventionsgesetzes und mit § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes sind. Der Antragsteller kann sich wegen unrichtiger, unvollständiger oder unterlassener Angaben wegen Subventionsbetrug strafbar machen. Der Antragsteller verpflichtet sich, der Bewilligungsbehörde Änderungen der subventionserheblichen Tatsachen unverzüglich mitzuteilen.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass nach § 36 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (AnBest-P) gelten.

Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, für die im Zuwendungsbescheid festgelegte Dauer zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung aller dem Nachweis über die Durchführung der Maßnahme dienenden Belege.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass erhaltene Zuschüsse ganz oder zum Teil zurückgefordert werden können, wenn die Durchführung der Maßnahmen nicht den üblichen Anforderungen genügt, die Pflege und Erhaltung geförderter Maßnahmen vernachlässigt bzw. den diesbezüglichen Weisungen der Bewilligungsbehörde nicht nachgekommen wird.

Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Förderung unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall erfolgt, dass die geförderten Investitionen innerhalb der im Zuwendungsbescheid näher bezeichneten Zweckbindungsfristen (z. B. Grundstücke, Bauten, bauliche Anlagen im Zeitraum von 12 Jahren ab Fertigstellung; Maschinen, technische Einrichtungen und Geräte im Zeitraum von fünf Jahren ab Lieferung) veräußert oder nicht mehr dem Verwendungszweck entsprechend verwendet werden.

Der Antragsteller erklärt, dass er den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschaftet.



9. Datenschutzrechtlicher Hinweis

Die mit diesem Antrag erhobenen Angaben werden zur Feststellung der Förderungsberechtigung und der Förderhöhe benötigt und teilweise gespeichert. Ohne diese Angaben kann der Förderantrag nicht bearbeitet werden. Die Hinweise über die Veröffentlichung von Förderdaten (Anlage „Hinweise über die Veröffentlichung von Förderdaten“) habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers